Mehr Information und Transparenz für Ausbildungsinteressierte

Antragsteller*in: Stadtbezirk Kalk

Beschlussgremium: Unterbezirksdelegiertenkonferenz der Jusos Köln

Beschlussdatum: 27. Januar 2019

Weitergeleitet an: Unterbezirksparteitag der KölnSPD

Antragstext

Die Jusos Köln fordern die Stadt Köln dazu auf stärker über die Ausbildungsmöglichkeiten in Köln aufzuklären. Bestehende Förderangebote müssen auch durch die Stadt – nicht nur durch das Jobcenter – bekannter gemacht werden.

Unsere Forderungen:

Auf der Homepage der Stadt Köln muss die Ausbildung gleichwertig zum Studium behandelt werden. Unter dem Reiter „Leben in Köln“ ist daher eine Rubrik zur „Ausbildung in Köln“ einzurichten.

Besonderes Augenmerk muss bei der neuen Rubrik auf die besonderen Bedürfnisse von Jugendlichen mit Behinderung, Geflüchteten, jungen Familien, Alleinerziehenden und ausländischen Ausbildungsinteressierten gelegt werden, da für diese der Zugang zum Ausbildungsmarkt erschwert ist. Hierzu ist auf konkrete Angebote wie z.B. Einstiegsqualifizierung, Werkstattjahr, Teilzeitausbildung und Sprachförderung hinzuweisen bzw. zu verlinken.

Inhaltlich soll zudem auf folgende Themenbereiche eingegangen werden:

- Ausbildung in Köln beginnen (z.B. über eine Verlinkung zur Homepage des Jobcenters oder der Bundesagentur für Arbeit),

- Leben in Köln (z.B. Nebenwohnsitz anmelden, Zweitwohnungssteuer, Wohnberechtigungsschein, Jugendwohnen, vergünstigte Eintrittspreise und Mobilitätsangebote, Arbeitnehmervertretung bzw. Jugend- und Auszubildendenvertretung),

- Unterstützungsangebote (z.B. für Ausbildungsinteressierte mit Behinderung, für Geflüchtete, für Ausbildungsinteressierte mit Kind, Informationen für ausländische Ausbildungsinteressierte).

Unter der Rubrik „Arbeitsmarktförderung“ im Reiter „Wirtschaft“ der städtischen Homepage soll die Stadt auf Angebote zur Ausbildungsförderung für Betriebe verlinken. Hierzu kann sie sich z.B. am Vorbild der Stadt Offenbach orientiert werden: https://www.offenbach.de/medien/bindata/of/dir-4/RIA_Uebersicht_zu_Foerdermoeglichkeiten_fuer_Betriebe.pdf

Begründung

Verschiedene Akteur*innen in Köln kümmern sich mit viel Engagement um die derzeit ca. 18.900 Auszubildenden. Dennoch sind viele Ausbildungsplätze noch frei, ca. 190 Jugendliche haben aktuell nach Beendigung der Schulzeit keinen Anschluss an die Berufswelt gefunden. Besonders betroffen sind Jugendliche ohne oder mit nur geringem Schulabschluss, darunter viele Schüler*innen mit Migrationshintergrund. Herkunft, aber auch z.B. eine Behinderung, dürfen jedoch kein Kriterium für die jeweiligen Ausbildungschancen sein, denn diese sind die Basis für ein selbstbestimmtes und ökonomisch unabhängiges Leben.

In Gesprächen der Jusos Köln mit der Industrie- und Handwerkskammer, der Arbeitsagentur und ver.di wurde unter anderem deutlich, dass Ausbildungsinteressierte besser informiert werden müssen und die Ausbildung wieder als gleichwertiges Bildungsangebot neben dem Studium gelten muss. Dafür müssen alle Informationskanäle genutzt und weitere geschaffen werden: Schulische Angebote sind weiter zu verbessern und insbesondere Jugendlichen mit Flucht- oder Migrationshintergrund, Jugendlichen mit Behinderung oder chronischer Erkrankung, jugendlichen (Allein-)Erziehenden, aber auch Jugendlichen ohne Schulabschluss müssen Informationen gebündelter als bislang zur Verfügung gestellt werden. Auf der Homepage der Stadt Köln findet sich eine ganze Rubrik zum Studium. Zur Ausbildung wird dort jedoch kein Wort verloren. Hierbei sehen wir Nachbesserungsbedarf.

Von diesem Antrag unberührt bleibt unsere Forderung, dass insbesondere die fachlich gute und tiefgehende Berufsorientierung während der Schulzeit weiter verbessert werden muss. Deutlicher in den Vordergrund sollten ökonomische Perspektiven gestellt werden, denn meist ermöglicht eine Ausbildung im Gegensatz zu einem Studium eine frühere finanzielle Unabhängigkeit. Außerdem muss stärker auf Bedeutung und Möglichkeit der eigenen Interessenvertretung eingegangen werden und praxisnah und transparent über Ausbildungs- und Rahmenbedingungen sowie Beschwerde- und Schlichtungsstellen informiert werden.

Recht auf gute Beratung bei der Patient*innenverfügung sichern

Antragsteller*in: Stadtbezirk Kalk

Beschlussgremium: Unterbezirksdelegiertenkonferenz der Jusos Köln

Beschlussdatum: 27. Januar 2019

Weitergeleitet an: Unterbezirksparteitag der KölnSPD, Landeskonferenz der NRW Jusos

Antragstext

Wir fordern eine Aufnahme der Patient*innenverfügungs-Beratung in den Leistungskatalog der Gesetzlichen Krankenversicherung.

Patient*innen sollen diese Leistung mindestens alle 5 Jahre in Anspruch nehmen können.

Die Beratung könnte in diesem Fall von geschulten Mitarbeiter*innen in Hospizen, Krankenhäusern, kommunalen Gesundheitsämtern sowie von ärztlichem Fachpersonal durchgeführt werden.

Des Weiteren sollen Verbraucherzentralen, Wohlfahrtsverbände oder auch Schulen und Volkhochschulen über diese Möglichkeit und ihre Relevanz informieren.

Begründung

Patient*innenverfügungen sind für Menschen jeglichen Alters ein wichtiges Thema. Denn nicht nur für Patient*innen mit chronischen Erkrankungen ist eine Festlegung des Willens am Lebensende wichtig, sondern auch für junge Menschen. Im Falle eines Unfalls z.B. kann es wichtig werden, die Einstellung und den Willen eines Menschen festgehalten zu haben.

Dabei ist eine Patient*innenverfügung vor allem dann wertvoll, wenn sie besonders detailliert in der medizinischen Information ist und außerdem die Einstellungen der Patient*in zu Leben und Tod beinhaltet. Daher bedarf es einer umfassenden Beratung durch Fach- oder Hausärzt*in, um die fachlichen Details genau zu erklären und den Willen des*der Patient*innen adäquat festzuhalten.

Patient*innenverfügungen die keine konkreten Maßnahmen enthalten, sind häufig im konkreten Fall nicht verbindlich. Nur durch eine umfassende Beratung kann sichergestellt werden, dass die Bedürfnisse des*der Patient*in genau dargestellt sind und auch eingehalten werden.

Momentan müssen Patient*innen der GKV, wenn sie eine solche Beratung wünschen, diese selbst bezahlen. Das schafft große Hürden, vor allem für Menschen mit geringem Einkommen.

Wir finden, alle Menschen sollten das Recht auf gute Beratung in allen Lebensabschnitten haben.

Die Einhaltung der individuellen Wünsche von Menschen am Lebensende sollten keine Frage des Geldbeutels sein!

Digitalisierung an Schulen – Jetzt

Antragsteller*in: Stadtbezirk Lindenthal

Beschlussgremium: Unterbezirksdelegiertenkonferenz der Jusos Köln

Beschlussdatum: 27. Januar 2019

Weitergeleitet an: Unterbezirksparteitag der KölnSPD

Antragstext

Wir fordern, Schulen für die Digitalisierung zu rüsten. Die Digitalisierung macht es erforderlich, dass die Lernenden bereits während ihrer Schulzeit mit den notwendigen Kompetenzen ausgestattet werden. Das macht Informatikkenntnisse und den kritischen Umgang mit Medien wichtig. Damit Schüler*innen hier Kompetenzen aufbauen können, müssen die Lehrenden selbst eine gewisse Kompetenz entwickeln, und es muss eine entsprechende technische Ausstattung vorhanden sein. Um Schüler*innen frühzeitig Computerkompetenzen mit auf den Weg zu geben, muss jede Schule zunächst genügend Computer besitzen. Diese Computer müssen regelmäßig gewartet und mit Updates bespielt werden. Damit die Lehrenden sich auf ihre Kernaufgabe – die Vermittlung von Wissen – konzentrieren können, fordern wir daher IT-Admin*as für Schulen. Diese sollen auch dafür zuständig sein, dass Beamer und Smartboards einsatzfähig sind. Zur Verbesserung der Lehre sollen auch diese künftig zur Grundausstattung von Bildungseinrichtungen gehören. Auch die Lehrkräfte müssen in Sachen Digitalisierung weitergebildet werden. Wir fordern, dass Lehrkräfte in der Bedienung der genannten Endgeräte geschult werden. Da zudem ein Engpass an qualifizierten Lehrkräften besteht, die IT-Kompetenzen vermitteln können, fordern wir ein größeres Weiterbildungsangebot im informationstechnischen Bereich für fachfremde Lehrkräfte, sodass diese befähigt werden, hier Grundkenntnisse zu vermitteln. Der hierfür anfallende zusätzliche Aufwand soll ihnen fair vergütet werden. Zudem muss sichergestellt werden, dass es auch in Zukunft genügend Informatik-Lehrer*innen gibt. Im Unterricht müssen IT-Kompetenzen an mehreren Stellen eingeübt werden. Zum einen fordern wir, dem Informatikunterricht den Stellenwert zu geben, den er in der heutigen digitalen Weltverdient – beispielsweise, indem er gleichwertig zu Sprachen oder Naturwissenschaften unterrichtet wird. Zum anderen muss der Umgang mit PCs und dem Internet fächerübergreifend eingeübt werden. Wir fordern, dass der Umgang mit sozialen Medien und ein Grundbewusstsein für den Umgang mit den eigenen Daten in der Mittelstufe vermittelt werden. Außerdem soll eine Recherchekompetenz vermittelt werden, die Schüler*innen die selbstständige

Einordnung von Quellen (z.B. als „glaubwürdig“ oder „wenig glaubwürdig“) ermöglicht. Dies kann in verschiedenen Fächern, z.B. in Deutsch, Englisch, Geschichte oder Sozialwissenschaften, ermöglicht werden. Auch für solche Unterrichtseinheiten sollen Weiterbildungen für Lehrkräfte angeboten werden. Hier fürmuss Platz im Lehrplan geschaffen werden, damit die Vermittlung der Kompetenzen sichergestellt wird.Bei den Lehrer*innen gibt es seit der Verkündung der DSGVO die stärkere Kontrolle, dass ihre privaten Computer nicht verwendet werden dürfen um Daten, wie Noten, der Schüler*innen zu speichern. Damit sie aber weiterhin ihre Tätigkeit ausüben können müssen, fordern wir, dass jede*r Lehr*in einen eigenen Computer vom Land erhält.

Trinkwasser verfügbar machen!

Antragsteller*in: Stadtbezirk Mülheim

Beschlussgremium: Unterbezirksdelegiertenkonferenz der Jusos Köln

Beschlussdatum: 27. Januar 2019

Weitergeleitet an: Unterbezirksparteitag der KölnSPD,
Landeskonferenz der NRW Jusos

Antragstext

Das Vorhaben des EU-Parlaments wird unterstützt, Trinkwasser noch sauberer und verfügbarer für alle Bürgerinnen und Bürger der EU einzuführen. Die SPD setzt sich auf allen Ebenen ein, für die Umsetzung von einem kostenlosen Zugang zu Trinkwasser in Gastronomien. Sie sollen somit verpflichtet werden, zahlenden Kunden Trinkwasser umsonst zur Verfügung zu stellen.

Wohnraum schaffen – Lindenthal erweitern

Antragsteller*in: Stadtbezirk Lindenthal

Beschlussgremium: Unterbezirksdelegiertenkonferenz der Jusos Köln

Beschlussdatum: 27. Januar 2019

Weitergeleitet an: Unterbezirksparteitag der KölnSPD

Antragstext

Die Jusos Köln fordern Wohnraum am Rande Lindenthals zu schaffen. Im Speziellen schließen wir uns hier den Forderungen der Jusos Köln-Lindenthal an:

- Bildung eines Azubi- & Studierendendorf in "Marsdorf Süd" (derzeit Beller Hof).
- Anschluss dieses Studierendendorfs an die hierfür zu verlängernde Buslinie 146, übers Eck bis zur Haltestelle Marsdorf.
- Auf Sicht den Ausbau der KVB-Linie 9, um eine direkte Anbindung an die Universität herzustellen.

Begründung

Kartenausschnitt Marsdorf-Süd:

https://www.dropbox.com/s/v8lkq7qn4jmktii/Marsdorf-Sued.png

Die Lage am Mietmarkt in Köln ist für junge Menschen bekanntermaßen schwierig. Dabei heißt es regelmäßig, weitere Baumaßnahmen in Köln selbst würden an fehlenden Bauflächen scheitern. Wir wollen einen Vorstoß setzen, wie Wohnraum für junge Menschen geschaffen werden kann.Dieses Areal liegtbereitsinnerhalb der Stadt Köln und bietet sich daher für eine zügige Bebauung an.

Der ursprüngliche Antrag wurde in zwei Teile geteilt. Die zweite Hälfte heißt "Wohnraum schaffen – Efferen eingemeinden".

Wohnraum schaffen – Efferen eingemeinden

Antragsteller*in: Stadtbezirk Lindenthal

Beschlussgremium: Unterbezirksdelegiertenkonferenz der Jusos Köln

Beschlussdatum: 27. Januar 2019

Weitergeleitet an: Unterbezirksparteitag der KölnSPD

Antragstext

Die Jusos Köln fordern Wohnraum am Rande Lindenthals zu schaffen. Im Speziellen schließen wir uns hier den Forderungen der Jusos Köln-Lindenthal an:

- Die Flurflächen südlich des Azubi- & Studierendendorfs Marsdorf-Süd, südlich der Gleueler Straße (derzeit zu Hürth) sollen zur Stadt Köln eingemeindet und an dieses Dorf angegliedert werden.

- Der Ortsteil Efferen (derzeit Hürth)inklusive des darin bestehenden Studierendendorfs soll zu Köln eingemeindet werden.

Begründung

Kartenausschnitt Efferen-Nord:

https://www.dropbox.com/s/4a5y3humg0c36ap/Efferen-Nord.png

Kartenausschnitt Efferen-Mitte:

https://www.dropbox.com/s/17rervrw70v47jl/Efferen.png

Eine dauerhafte Lösung für mehr und bezahlbaren Wohnraum lässt sich nur schaffen, wenn die knappe Fläche Köln außerhalb des Grüngürtels wächst. Hierzu sehen wir Potenzial für ein Studierendendorf im derzeit nicht erschlossenen Marsdorf-Süd. Durch dieses Studierendendorf würde allerdings die Stadtgrenze Kölns laufen. Für eine einheitliche Bauplanung ist daher eine Eingemeindung dieser Flurstücke unerlässlich.

Daneben gewährt der Stadtteil Efferen durch seine Nähe zu Köln bereits jetzt einen idealen Standort, um studentisches Wohnen zu ermöglichen. Die Interessen der Studierenden und des Studierendenwerks, eine verbesserte Anbindung dieses Studierendendorfes zu schaffen und es auf Sicht zu erweitern, kommen derzeit jedoch zwischen den politischen Plänen der Städte Köln und Hürth zu kurz. Eine Planung kann daher nur aus einer Hand gelingen. Wegen seiner Nähe zu Köln eignet sich Efferen hervorragend für eine Eingemeindung. Teile Efferens wurden in der Geschichte bereits eingemeindet. Eine Eingemeindung ganz Efferens zu Köln war bereits in den frühen 1930er-Jahren und im Rahmen der Gebietsreform in den 1970er-Jahren angedacht. In den mittlerweile knapp 50 Jahren haben sich die Lebensverhältnisse und die Anbindung Efferens an Köln noch einmal verstärkt. Daher halten wir es mit Blick auf die Kölner Wohnraumknappheit für an der Zeit, die Diskussion über eine Eingemeindung Efferens wieder aufzunehmen.

Plattform zur Jobvermittlung an Jugendliche

Antragsteller*in: Schüler*innen und Auszubildenden Gruppe

Beschlussgremium: Unterbezirksdelegiertenkonferenz der Jusos Köln

Beschlussdatum: 27. Januar 2019

Weitergeleitet an: Unterbezirksparteitag der KölnSPD

Antragstext

Viele Jugendliche möchten sich ihr Taschengeld in ihrer Freizeit aufbessern. Diese Jobsuche ist allerdings eine riesige Herausforderung. Abgesehen von den üblichen Nebenjobs, wie das Zustellen von Zeitungen oder die Nachhilfe für andere Schüler*innen, sind vielen Jugendlichen andere Nebenjobs gar nicht bekannt. Die Suche im Netz ist äußerst kompliziert und bietet keine zufriedenstellenden Antworten. Es gibt viele Plattformen und Webseiten zur Vermittlung von Nebenjobs an Jugendliche für das gesamte Bundesgebiet. Vieler der dort aufgelisteten Angebote sind aber nicht auf die einzelnen Städte und Gemeinden zugeschnitten.

Die Jobsuche soll für die Jugendlichen und die Suche nach Mitarbeitenden für Arbeitgeber*innen erleichtert werden. Deshalb soll die Stadt Köln eine leicht zugängliche Plattform zur Vermittlung von kleinen Nebenjobs für Jugendliche einführen. Diese Plattform soll für einmalige, kleine Jobs und regelmäßige, monatliche Jobs geschaffen werden. Zusätzlich soll die Plattform eine Übersicht über die arbeitsrechtliche Situation von Jugendlichen zur Verfügung stellen, damit Jugendliche über ihre Rechte und ihren Schutz aufgeklärt werden.

Begründung

Wenn Jugendliche im Teenageralter angekommen sind, wächst die Selbstständigkeit kontinuierlich an. Sie werden immer unabhängiger von ihren Eltern, bewegen sich selbstständig und organisieren mehrere Sachen in ihrem Alltag. Mit dieser Unabhängigkeit sind auch Ausflüge z.B. in Freizeitparks oder eine Soccerhalle keine Seltenheit mehr. Zusätzlich wird immer häufiger selbstständig über Ausgaben bei Ausflügen oder jeglichen sonstigen Terminen außerhalb des Hauses entschieden (Essen, Zeitschriften, Kleidung etc.). Häufig reicht dafür jedoch das Taschengeld nicht oder es soll für größere Anschaffungen gespart werden. Deshalb möchten viele Jugendliche einen kleinen Nebenjob finden, um ihr Taschengeld etwas aufzubessern. Diese Suche ist

allerdings häufig sehr aufwendig und kann auch gefährlich sein, da Jugendliche nicht immer genau die Ausbeutungsgefahr einiger Jobangebote erkennen können.

Daher soll eine von der Stadt Köln organisierte Plattform zur Jobvermittlung für Jugendliche geschaffen werden. Diese Plattform soll sich hauptsächlich an Jugendliche zwischen 13-20 Jahren richten. Als Vorbild einer solchen Plattform kann das Jobportal der Universität zu Köln (Stellenwerk) verstanden werden. Diese Plattform ist eine große Hilfe für die Studierenden und die Arbeitgeber*innen in Köln und der Region.

Folgende Gründe sprechen maßgeblich für eine Einführung einer solchen Plattform:

- Die Sicherheit für Jugendliche und Eltern wird gewährleistet, da die Stadt Köln eine seriöse und professionelle Plattform erstellen wird

- In Zusammenarbeit mit den Kölner Schulen kann die Stadtverwaltung Vorträge über die Möglichkeiten von Nebenjobs für Jugendliche in Köln halten und die Jugendlichen aufklären

- Jugendliche können ohne lange Suche einen Nebenjob finden

- Die Nebenjobs sind auf die Stadt Köln und die Region begrenzt, wodurch ebenfalls die Suche deutlich erleichtert wird

- Zusätzlich soll die Plattform in leichtverständlicher Sprache erklären, wie die arbeitsrechtliche Situation für Jugendliche bei einmaligen und regelmäßigen Nebenjobs aussieht

Lebensmittelverschwendung bekämpfen – MHD regulieren

Antragsteller*in: Stadtbezirk Chorweiler

Beschlussgremium: Unterbezirksdelegiertenkonferenz der Jusos Köln

Beschlussdatum: 27. Januar 2019

Weitergeleitet an: Unterbezirksparteitag der KölnSPD

Antragstext

Bis Anfang der 80er-Jahre gab es viel Unmut bei den Verbaucher*innen, weil man neue nicht von alten Lebensmitteln im Regal unterscheiden konnte. Durch die 1981 erlassene Lebensmittel-Kennzeichnungsverordnung wurde das Mindesthaltbarkeitsdatum eingeführt, welches dieses große Problem endlich lösen konnte.

Fast 40 Jahre nach der Einführung der Mindesthaltbarkeitsdaten ist eine Reform dringend notwendig. Die erste Assoziation von vielen Menschen mit einem Mindesthaltbarkeitsdatum ist nämlich der Mülleimer. Die Aufklärung der Verbraucher*innen wurde jahrelang verschlafen, weshalb heute viele noch gutverträgliche Lebensmittel viel zu früh im Mülleimer landen. Die Mindesthaltbarkeitsdaten werden nämlich von den Lebensmittelhersteller*innen festgelegt, die in eigener Verantwortung die einzelnen Fristen festlegen müssen. Aus Angst vor Klagen und Unverträglichkeiten, setzen die meisten Hersteller*innen einen großen Sicherheitspuffer, damit sie nicht in Erklärungsnot gelangen. Dadurch werden allerdings massenweise gute Lebensmittel weggeworfen.

Deshalb sollte dringend eine Reform des MHD-Systems durchgeführt werden, die folgende Punkte berücksichtigen muss:

- Abschaffung von MHD bei länger haltbaren Lebensmitteln wie Nudeln, Salz oder Reis (ab 90 Tage)

- Einheitliche Richtlinien vom Ernährungsministerium, wodurch das MHD-System verbessert und der Spielraum für die Industrie verkleinert werden soll

- Eine Aufklärungskampagne des Ministeriums, um die Wertschätzung über die Herstellung von Lebensmitteln zu verbessern

- Verbraucher*innenbildung über die Lagerung und die Haltbarkeit von Lebensmitteln, die direkt und verpflichtend auf der Verpackung ist

Begründung

Die Angaben auf den Lebensmittelverpackungen bewegen einen häufig dazu, Lebensmittel im noch genießbaren Stadium wegzuwerfen. Lebensmittel sind allerdings regelmäßig erheblich länger genießbar, als eigentlich auf den Lebensmittelverpackungen angegeben wird. Fehlende Aufklärung und Sensibilisierung für die Materie führt zu den großen Mengen an Lebensmitteln, die jährlich in Deutschland weggeworfen werden.

Daher setzt der Antrag genau an diesen beiden Punkten an. Zum einen soll das System der Mindesthaltbarkeitsdaten reformiert werden, damit weniger genießbare Lebensmittel weggeworfen werden. Außerdem ist die Verbraucher*innenbildung und Aufklärung über die Wertschätzung von Lebensmitteln wichtig, damit zukünftig ein anderes Bewusstsein über Lebensmittel in der Gesellschaft entsteht und auch dadurch weniger Lebensmittel weggeworfen werden.

6 - A3 Digitales NRW: Loading...

Antragsteller*in: Stadtbezirk Kalk
Thema: Digitales

Beschlussgremium: Landeskonferenz der NRW Jusos

Antragstext

Durch Corona sind im vergangenen Jahr viele Missstände in der digitalen Ausstattung des Bildungssektors aufgedeckt worden. Was für uns schon lange klar war, scheint nun auch endlich bei vielen anderen Menschen angekommen zu sein: Digitalisierung ist ein Muss!

Besonders schulische Bildung trägt hierbei eine Hauptlast. Folgende Punkte sind für uns unabdingbar für eine funktionierende digitale Bildung:

- Bestehende Serverkapazitäten müssen enorm ausgebaut werden, in einem Bundesland mit ca. 2,5 Millionen Schüler*innen müssen die Serverkapazitäten entsprechend sein.

- Eine stabile Internetverbindung durch massiven Breitbandausbau muss jedem*jeder Schüler*in zur Verfügung stehen, ungeachtet der finanziellen Situation der Eltern.

- Schüler*innen sollen bei Bedarf ein ihrer Bildungsstufe entsprechendes Endgerät (Laptops und Tablets) beantragen können. Das Land muss diese zur Verfügung stellen.

- Um die sinnvolle didaktische Einbindung dieser Endgeräte in den Unterricht zu gewährleisten, soll der Medienkompetenzrahmen NRW stärker bei Schulen und Lehrkräften beworben werden. Die praktische Erfahrung von Lehrer*innen und Schüler*innen soll berücksichtigt und einbezogen werden, um den Medienkompetenzrahmen stetig weiterzuentwickeln.

- In die Erarbeitung von Open-Source Programmen und Webtools für den schulischen Unterricht muss seitens des Landes massiv investiert werden.

- An jeder Schule muss mindestens eine IT-Fachkraft eingestellt werden, um sich um die Verwaltung des Schulsystems und aufkommende Fragen und Probleme zu kümmern

- Um Lehrer*innen mehr Handlungssicherheit zu ermöglichen, müssen die Regeln und Vorschriften zum Datenschutz vereinheitlicht werden. Ein einheitliches Datenschutzkonzept im Bereich Schule muss erarbeitet werden.

Begründung

Erfolgt mündlich.